

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff, Till Mansmann, Olaf in der Beek, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Frank Sitta, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Weltbevölkerungskonferenz einberufen – Klimawandel, Lebensmittelversorgung und Bevölkerungswachstum gemeinsam bewältigen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Weltbevölkerung wächst und damit wachsen die Anforderungen an unseren Planeten. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion „Weltweite Nahrungsmittelproduktion“ (Drucksache 19/9803) geht hervor, dass sich die Ackerflächen in den Industrieländern rückläufig entwickeln. Gleichzeitig steht zwar in den Entwicklungs- und Schwellenländern mehr Ackerfläche zur Verfügung; dieses Wachstum erfolgt jedoch meistens durch Waldrodungen, die die negativen Folgen für die Entwicklung des Weltklimas weiter verstärken. Um den Klimawandel effektiv bekämpfen zu können, müssen Waldrodungen deshalb weltweit gestoppt und Wälder wieder aufgeforstet werden, damit mehr CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre gebunden werden kann.

Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) geht laut o.g. Antwort der Bundesregierung davon aus, dass eine Anpassung an die Herausforderungen des Klimawandels und eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik unmittelbare Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion und die Sicherstellung der Ernährung der Weltbevölkerung haben. Die Produktionssteigerungen im landwirtschaftlichen Bereich hängen stark von Erfolgen bei der Bekämpfung des Klimawandels ab. Weltweit verschwinden landwirtschaftliche Nutzflächen durch Wüstenbildung und Bodendegradation. Gleichzeitig wird bis 2050 eine Steigerung der weltweiten Nahrungsmittelproduktion um 50% benötigt, um die Menschheit zu ernähren. Prognosen gehen aber davon aus, dass die Ernteerträge durch oben genannte Faktoren weltweit um 10% zurückgehen werden (Quelle: United Nations

Convention to Combat Desertification, UNCCD: The Land in numbers 2019 (<https://www.unccd.int/publications/land-numbers-2019-risks-and-opportunities>).

Laut der Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen, wird die Weltbevölkerung bis 2050 auf 9,7 Milliarden anwachsen und sich ab 2100 bei etwa 11 Milliarden Menschen einpendeln. (Quelle: Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen, [https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2019\\_Highlights.pdf](https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2019_Highlights.pdf)). Bei einem aktuellen Stand von ca. 7,7 Milliarden Menschen, müssen also in den nächsten 30 Jahren ca. zwei Milliarden mehr Menschen weltweit ernährt werden. Der Klimawandel verschärft den bereits heute ungleich verteilten Zugang zu sauberem Wasser weltweit noch weiter und hat negativen Einfluss auf die globale Wasserversorgung. Neben der Trinkwasser- und Sanitärversorgung sind dabei vor allem die Landwirtschaft und das Gesundheitswesen von Wassersicherheit abhängig. Hierbei kommt vor allem den Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit eine große Bedeutung zu. Entwicklungsländer müssen mehr Unterstützung im Bereich der Landwirtschaft bei der Pflanzenzüchtung, beim Pflanzenschutz sowie bei Natur- und Kunstdünger erhalten. Denn hier besteht noch Potential nach oben, um die Produktion zu steigern. Innovation und neue Techniken in der Pflanzenzüchtung werden weitere Möglichkeiten eröffnen. In Entwicklungsländern kann bereits durch Verbesserungen im Bereich Ausbildung und Infrastruktur eine höhere Produktivität erreicht werden. Denn wenn auf weniger Fläche mehr produziert werden kann, kann parallel die Desertifikation sowie die Abholzung von Wald zugunsten von Agrarflächen bekämpft werden.

Hunger ist häufig eine Folge der Armut, also ist eine effektive Bekämpfung des Hungers nur durch eine maßgebliche Verringerung der Armut weltweit möglich. Der aktuelle makroökonomische Afrika-Bericht der Weltbank nennt das schnelle Bevölkerungswachstum als einen der Hauptgründe für stagnierende Erfolge bei der Armutsbekämpfung im Sinne der Agenda 2030 (Quelle: Weltbank, Africa's Pulse, <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/32480>). Bei einer gleichbleibenden Bevölkerungswachstumsrate werden nach Berechnungen der Weltbank 2030 90% der Armen weltweit in Afrika leben (derzeit 55%). Der Bericht macht eine klare Handlungsempfehlung an die Politik: Stärkung der Rechte und wirtschaftlicher Teilhabe von Frauen. Dabei spielt die Stärkung der sexuellen und reproduktiven Rechte eine besondere Rolle.

Schon vor 40 Jahren wurde das Recht auf Familienplanung im Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau verankert. Dass sexuelle und reproduktive Rechte auch Menschenrechte sind, wurde 1994 auf der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz (International Conference on Population and Development, ICPD) international deutlich anerkannt. Auch die besondere Rolle von Mädchen und Frauen wurde in den Vordergrund gerückt. Für Frauen beinhaltet das Recht auf Familienplanung, selbstbestimmt, frei und bewusst entscheiden zu können, ob, wann und in welchen Abständen sie schwanger werden möchten. Dieses Recht ist eine Grundvoraussetzung zur gerechten Teilhabe an der Gesellschaft und auch an der Wirtschaft. Darüber hinaus beinhalten die sexuellen und reproduktiven Rechte den Zugang sowohl zur Information und Aufklärung bezüglich der Sexualität, als auch zu hochwertigen Gesundheitsleistungen.

Das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung und körperliche Autonomie gehört zu den universellen Grundrechten. Die Verwirklichung der sexuellen und reproduktiven Rechte wirkt sich auf alle Bereiche des Lebens einer Frau aus und leistet auch einen positiven Beitrag zur Erfüllung anderer Menschenrechte, insbesondere ihr Recht auf Bildung. Aktuelle Zahlen weisen darauf hin, dass jede zweite Frau in Subsahara-Afrika nicht verhüten kann, weil sie keinen Zugang zu Verhütungsmitteln hat, es grundsätzlich an Aufklärung mangelt und

das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung oft nicht garantiert ist (Quelle: DSW, <https://www.dsw.org/weltverhuetungstag2019-2/>).

Die wachsende Weltbevölkerung, ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wasser sowie die Bekämpfung des Klimawandels kann nur durch gemeinsame Anstrengungen und geeignete multilaterale Maßnahmen gelingen. In Anlehnung an die Agenda 2030 der Vereinten Nationen sollten daher Maßnahmen beschlossen und verstärkt werden, um der derzeitigen Entwicklung entgegenzusteuern. Dazu bedarf es der Reduzierung des weltweiten Hungers, der Sicherstellung der Wasserversorgung sowie einer Produktionssteigerung in der Landwirtschaft ohne dabei weiter Wald zu zerstören, der am schnellsten CO<sub>2</sub> binden kann. Gerade in Anbetracht einer weiterhin stetig wachsenden Weltbevölkerung und der ernüchternden Bilanz der Beschlüsse von Kairo, die auch nach 25 Jahren noch einen erheblichen Handlungsbedarf bei der Förderung von Mädchen und Frauen sowie im Bereich der selbstbestimmten Familienplanung und sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte offenbart, ist auch eine Weiterentwicklung der Ziele der ICPD von 1994 dringend notwendig. Klimawandel, Wasserversorgung, Hunger, Gesundheit, das Recht auf eine selbstbestimmte Familienplanung müssen noch stärker miteinander gedacht und durch abgestimmte Programme gemeinsam angegangen werden. Hier müssen schneller Fortschritte erzielt werden, denn es bleiben keine weiteren 25 Jahre, um Fehlentwicklungen zu korrigieren: Mit der Agenda für nachhaltige Entwicklung hat sich die Weltgemeinschaft auf eine Erfüllung dieser Ziele bis zum Jahr 2030 verpflichtet. Dies kann nur durch gemeinsame Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft gelingen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für die Einberufung einer erweiterten Weltbevölkerungskonferenz auf der Ebene der Vereinten Nationen einzusetzen, um gemeinsam mit allen Ländern über die Zusammenhänge von Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittelproduktion, Wasserversorgung und Klimawandel zu diskutieren und geeignete Maßnahmen verbindlich im Rahmen einer Abschlusserklärung zu beschließen. Der im November anstehende Gipfel ICPD+25 in Nairobi, auf dem die Ziele der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz von 1994 überprüft werden, wäre ein erster Schritt, um diese Forderung vorzubringen.
2. sich noch stärker in multilateralen Programmen und Organisationen wie United Nations Population Fund (UNFPA), International Planned Parenthood Federation (IPPF) und World Food Programme (WFP) zu engagieren und die finanzielle Unterstützung für diese Organisationen im Rahmen des Haushalts 2020 deutlich zu erhöhen.
3. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit den Fokus stärker auf die Bildung, Ausbildung und insgesamt Förderung von Mädchen und Frauen und deren Teilhabe an wirtschaftlichen Aktivitäten zu legen.
4. die Aufklärungsarbeit zu sexueller Selbstbestimmung und reproduktiver Gesundheit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken und sich in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen multilateralen Organisationen sowie internationalen Gebern dafür einzusetzen, dass insbesondere in den Least Developed Countries (LDC) ausreichend Zugang zu modernen Verhütungsmitteln für Männer und Frauen gewährleistet wird, um das Recht auf selbstbestimmte Familienplanung und freiwillige Geburtenkontrolle vollumfänglich zu sichern.
5. die Nahrungsmittelproduktion und Versorgung der Weltbevölkerung mit Nahrung in Einklang mit ressourcenschonenden Methoden und umweltfreundlichen Technologien zu bringen.

6. sich weltweit für mehr Wald für den Klimaschutz einzusetzen und multilaterale Programme zur Aufforstung und zur Zurückdämmung von Verwüstung stärker zu fördern.
7. sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit dafür einzusetzen, dass Landwirte in Entwicklungsländern besser ausgebildet werden, die Infrastruktur gestärkt sowie die Distribution und Lagerung von Agrarprodukten verbessert wird.
8. den Einsatz von Dünger und Pflanzenzüchtung auch gentechnisch veränderter Pflanzen weiter zu erforschen, um Pflanzen so ertragreicher und resistenter gegen Schädlinge und sich änderndes Klima zu machen sowie Ernteausfällen vorzubeugen.

Berlin, den 5. November 2019

**Christian Lindner und Fraktion**

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*